

mit Schwerpunkt **M&A-Report**

## Nicht-kognitive Fähigkeiten senken das Risiko des Bildungsabbruchs

*Jugendliche, die im Schul- und Berufsbildungssystem scheitern, haben schlechte Karten auf dem Arbeitsmarkt. So ist in Deutschland die Arbeitslosenquote solcher Abbrecher in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Während sie in den 1970er Jahren noch beim 1,5fachen der durchschnittlichen Arbeitslosenquote lag, hat sie sich mittlerweile bereits auf das 2,5fache erhöht.*



*Außerschulische Aktivitäten wie das Musizieren wirken sich positiv auf den schulischen Erfolg aus.*

Ausbildungserfolg, beruflicher Aufstieg und die Höhe der Entlohnung werden üblicherweise vor allem auf kognitive Fähigkeiten (Intelligenz), das familiäre Umfeld (Bildungshintergrund) und das Arbeitsumfeld (Betriebsgröße, Branche, Berufsgruppe) zurückgeführt. Dass neben diesen Faktoren nicht-kognitive Fähigkeiten von erheblicher Bedeutung für den Erfolg im Bildungssystem und im Beruf sind, zeigt eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Ihre Ergebnisse machen deutlich, dass Eigenschaften wie Motivation, Selbstdisziplin oder Risikoaversion zum Teil erheblichen Einfluss auf den schuli-

schen und späteren beruflichen Erfolg haben.

Zum Nachweis dieses Zusammenhangs nutzt die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-44) Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen Haushaltsbefragung mit aktuell mehr als 20.000 Personen in fast 11.000 Haushalten. In einem ersten Schritt betrachtet die Studie Jugendliche im Alter zwischen 16 und 22 Jahren, die das deutsche System schulischer und beruflicher Bildung ohne Erfolg durchlaufen haben. Diese Abbrecher haben entweder keinen Schulabschluss oder sie haben einen Haupt- oder Realschulabschluss ohne an-

schließende Berufsausbildung. Auch Jugendliche in einem Berufsvorbereitungsjahr oder in einem Berufsgrundbildungsjahr sowie Schüler an Haupt- und Realschulen, die bereits zwei Schuljahre wiederholen mussten, werden in der Studie den Abbrechern zugerechnet.

Um untersuchen zu können, wie sich nicht-kognitive Fähigkeiten auf den Erfolg in der Schule auswirken, nutzen die ZEW-Wissenschaftler einen Ansatz aus der Psychologie. Dieser ermöglicht es, aufgrund der Antworten auf bestimmte Aussagen zwischen zwei Persönlichkeitstypen zu unterscheiden. Der eine führt Erfolg oder Misserfolg im Leben auf äußere Umstände zurück, der andere auf die eigenen Fähigkeiten. Der erste Typus wurde in der Studie als Person mit nur geringen nicht-kognitiven Fähigkeiten klassifiziert, der zweite als jemand der über hohe nicht-kognitive Kompetenz verfügt. Mit Hilfe von zehn

### IN DIESER AUSGABE

Nicht-kognitive Fähigkeiten senken das Risiko des Bildungsabbruchs. . . . .	1
Experten beurteilen Kommunikation der EZB besser als die der Fed. . . . .	2
Forschung und Entwicklung im Ausland stärkt Beschäftigung in Deutschland . . . . .	3
Zu wenig High-Tech-Gründerinnen . . . . .	4
Nachgefragt: Die Internationale Finanzkrise. . . . .	5
Strategien gegen den Fachkräftemangel . . . . .	6
Termine, Neuerscheinungen . . . . .	8
ZEW intern . . . . .	8, 9
Daten und Fakten . . . . .	11
Standpunkt . . . . .	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

Aussagen aus dem SOEP, bei denen die Jugendlichen jeweils vier Antwortmöglichkeiten haben, die von „trifft nicht zu“ bis „trifft voll zu“ reichen, wurde in der ZEW-Studie nun klassifiziert, wo der einzelne Jugendliche zwischen den beiden extremen Persönlichkeitstypen einzuordnen ist. Es zeigt sich, dass bei vergleichbarem familiärem Hintergrund (Bildungsniveau und Einkommen der Eltern) die Wahrscheinlichkeit, das Ausbildungssystem ohne Abschluss zu verlassen, umso größer ist, je geringer ausgeprägt die nicht-kognitiven Fähigkeiten eines Jugendlichen sind. Die getrennte Untersuchung nach Geschlechtern ergibt, dass sich Unterschiede in den nicht-kognitiven Fähigkeiten bei Männern stärker auswirken. Darüber hinaus bestätigt die Studie, dass

außerschulische Aktivitäten wie regelmäßiger Sport und Musizieren das Risiko des Scheiterns im Bildungssystem signifikant senken.

### Nachteile am Arbeitsmarkt können kompensiert werden

Ein weiteres Ergebnis der ZEW-Studie ist, dass das Risiko, arbeitslos zu werden, mit hohen nicht-kognitiven Fähigkeiten geringer ist. Ähnliche Effekte zeigen sich darüber hinaus bei der Lohnverteilung. Die Löhne steigen mit höheren nicht-kognitiven Fähigkeiten zusätzlich zum Ausbildungsniveau. Bei männlichen Beschäftigten in der gleichen Berufsgruppe und mit gleichen Firmencharakteristika führt ein fehlender Bildungsabschluss sogar zu keinem

Lohnabschlag gegenüber der Gruppe mit mittlerem Schulabschluss und Berufsausbildung. Demgegenüber schlagen sich geringe nicht-kognitive Fähigkeiten in einem niedrigeren Lohn nieder. Anders als bei den Männern beträgt der Abbrecherabschlag bei Frauen selbst bei gleicher Berufsgruppe und gleichen Firmencharakteristika rund vier Prozent. Geringe nicht-kognitive Fähigkeiten haben bei ihnen ebenfalls einen negativen Einfluss auf den Lohn. Dieses Ergebnis zeigt, dass Bildungsabbrecher ihren Nachteil am Arbeitsmarkt zum Teil kompensieren können, wenn sie über hohe nicht-kognitive Fähigkeiten verfügen.

Katja Coneus, coneus@zew.de  
Johannes Gernandt, gernandt@zew.de  
Dr. Marianne Saam, saam@zew.de

## Experten beurteilen Kommunikation der EZB besser als die der Fed

*Leitzinsentscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) sind für Europas Wirtschaft und die Finanzmärkte weltweit von großer Bedeutung. Geldpolitische Entscheidungen sollten daher durch eine schlüssige Kommunikationspolitik gut vorbereitet werden. Dies gelingt der EZB recht gut, während die Federal Reserve Bank (Fed) deutlich schlechtere Noten erhält. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim unter 276 Finanzmarktexperten.*

Die Experten wurden gefragt, ob Leitzinsentscheidungen von EZB und Fed in ausreichendem Maße angekündigt würden. Den Antworten zufolge wird die Kommunikation der EZB von über 80 Prozent als sehr konsistent oder konsistent eingeschätzt. Die US-amerikanische Zentralbank Fed schneidet mit einem Anteil von 57 Prozent bei dieser

Frage deutlich schlechter ab. Die gute Kommunikationspolitik der EZB ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil 88 Prozent der befragten Finanzmarktexperten angeben, dass diese für ihre Erwartungsbildung hinsichtlich der kurzfristigen Zinsen wichtig oder sehr wichtig ist.

### Geldpolitisches Statement ist wichtigstes Kommunikationsmittel

Bei den Instrumenten, die Zentralbanken nutzen können, um den Markt auf kommende Zinsentscheidungen vorzubereiten, zeigen sich in der ZEW-Umfrage teilweise erhebliche Bedeutungsunterschiede. So sehen jeweils rund 80 Prozent der Experten im geldpolitischen Statement sowie in der Pressekonzferenz, in der die geldpolitische Entscheidung erklärt wird, die wichtigsten Kommunikationskanäle. Rund 55 Prozent der Experten nutzen außerdem

makroökonomische Prognosen der Zentralbank für ihre Erwartungsbildung. Auf zusätzliche Informationsquellen wie Reden, Interviews oder Monatsberichte greifen mehr als ein Drittel, aber weniger als der Hälfte der Experten zurück. Die geringste Bedeutung haben für die Analysten die Sitzungsprotokolle („Minutes“) und die Abstimmungsergebnisse („Votes“) der geldpolitischen Sitzungen der Fed. Beide Instrumente werden von der EZB nicht verwendet.

Das eindeutige Urteil über die Bedeutung der verschiedenen Kommunikationsinstrumente legt nahe, dass der Vorschlag des Europäischen Parlaments, Informationen über den Entscheidungsfindungsprozess in der geldpolitischen Sitzung der EZB zu veröffentlichen, die Kommunikation nicht wesentlich verbessern würde. Die EZB scheint dem Bedürfnis des Marktes nach Information derzeit gerecht zu werden.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Forschung und Entwicklung im Ausland stärkt Beschäftigung in Deutschland

*Politiker befürchten oft, dass die Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) ins Ausland den Heimatstandort des auslagernden Unternehmens schwächt. Sie gehen davon aus, dass Arbeitsplätze verloren gehen und wertvolles Know-how abgezogen wird. Eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigt, dass diese Angst weitgehend unbegründet ist. Kleine und mittlere Unternehmen, die FuE im Ausland betreiben, weisen einen deutlich stärkeren Beschäftigungszuwachs am Heimatstandort auf als die Konkurrenz, die nur in Deutschland forscht.*

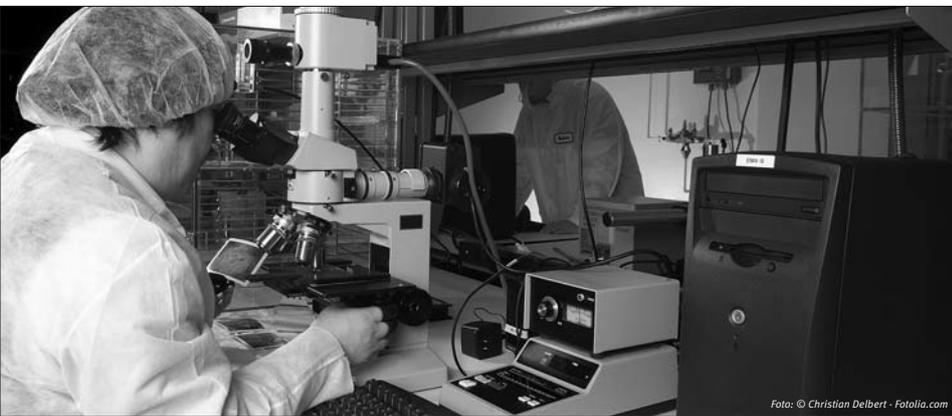


Foto: © Christian Delbert - Fotolia.com

*Deutsche KMU internationalisieren ihre FuE aus einer Position der Stärke heraus.*

Die Globalisierung stellt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den entwickelten Industrieländern vor neue Herausforderungen. Zum einen nimmt der Wettbewerbsdruck im Heimatmarkt zu, zum anderen eröffnen sich Wachstumsmöglichkeiten in den dynamischen Schwellenländern. Mögliche Antworten hierauf sind erhöhte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen sowie die stärkere Internationalisierung der Unternehmen. Eine Kombination beider Strategien, also der Aufbau von FuE im Ausland, könnte für die Unternehmen besonders erfolgversprechend sein.

Um zu überprüfen, ob dies zutrifft, wertete eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 08-35) Daten des Mannheimer Innovationspanels aus. Dabei zeigte sich, dass KMU aus Deutschland, die im Jahr 2005 FuE im Ausland betrieben, einen deutlich stärkeren Beschäftigungszuwachs am Heimatstandort aufweisen, als Unternehmen, die ihre

FuE-Tätigkeiten auf Deutschland beschränkten. Die Unternehmen mit FuE-Tätigkeit im Ausland verzeichneten innerhalb von zwei Jahren (Ende 2004 bis Ende 2006) ein Beschäftigungswachstum, das um 9,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Beschäftigungsveränderung lag. Bei KMU, die nur in Deutschland forschen, ist der Wachstumsvorsprung mit 4,2 Prozentpunkten geringer.

Unabhängig vom Standort der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen gehen positive Beschäftigungseffekte ferner vom Export neuer Produkte aus. KMU, die Produktinnovationen im Ausland absetzen, zeigen eine um 5,1 Prozentpunkte höhere Beschäftigungszunahme als Unternehmen, die nicht exportieren. Die Ergebnisse machen deutlich, dass deutsche KMU durchaus von der Globalisierung profitieren können. Das Know How, das durch die Verlagerung von FuE ins Ausland mit in das hei-

mische Unternehmen einfließt, kann die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens insgesamt erhöhen, so dass Wachstumsimpulse am Heimatstandort ausgelöst werden.

## Motoren der Internationalisierung

Die Entscheidung von KMU aus Deutschland, im Ausland zu forschen, wird von mehreren Faktoren beeinflusst. Unternehmen, die sich durch den Export ihrer Waren und Dienstleistungen bereits mit den Bedingungen auf Auslandsmärkten vertraut gemacht haben, sind eher bereit, das Risiko des Aufbaus von FuE-Aktivitäten im Ausland auf sich zu nehmen. Darüber hinaus tun sich Unternehmen, die bereits Erfahrungen im effektiven Schutz ihres geistigen Eigentums sammeln konnten, leichter. Schließlich ist die eigene, kontinuierliche FuE-Tätigkeit am Heimatstandort oftmals eine wichtige Voraussetzung für die Internationalisierung von Innovationsaktivitäten.

Erhöhter Wettbewerbsdruck und verschärfter Preiswettbewerb im Heimatmarkt spielen dagegen für die Verlagerung von FuE keine Rolle. Vielmehr sind besonders jene KMU internationalisierungsfreudig, die sich auf innovationsbasierte Nischenmärkte spezialisiert haben. Insgesamt zeigt sich, dass deutsche KMU den Schritt der Internationalisierung von FuE aus einer Position der Stärke heraus gehen und weniger durch verschlechterte Rahmenbedingungen am Standort Deutschland dazu gedrängt werden. Auch sind mögliche Finanzierungshemmnisse, eine zu exzessive Regulierung oder die mangelnde Akzeptanz von Innovationen für die Entscheidung deutscher KMU, Innovationsaktivitäten vermehrt im Ausland durchzuführen, nicht ausschlaggebend.

*Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de  
Anja Schmiele, schmiele@zew.de*

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Zu wenig High-Tech-Gründerinnen

Gründungen im High-Tech-Sektor gelten als Motor der Industrie. Kein anderer Bereich der Wirtschaft bringt so viele Innovationen hervor. Diese forcieren den technologischen Wandel und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Allerdings schöpft der High-Tech-Sektor in Deutschland seine Möglichkeiten nicht voll aus. Nur acht Prozent der High-Tech-Unternehmen werden mehrheitlich von Frauen gegründet.

Eine kürzlich vorgelegte Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit Microsoft Deutschland untersucht unter anderem das Gründungsverhalten von Frauen im deutschen High-Tech-Sektor. Sie zeigt, dass die wenigen Frauen, die sich in diesem wichtigen Wirtschaftssegment selbstständig machen, überproportional häufig im Bereich der Dienstleistungen (mit Ausnahme der Softwarebranche) gründen. Relativ selten entscheiden sich Frauen dagegen für den industriellen High-Tech-Sektor. Doch gerade er ist besonders innovativ und umsatzstark. Frauen konzentrieren sich demnach tendenziell auf High-Tech-Branchen, die sich durch geringe Markteintrittsbarrieren, starke Konkurrenz und moderate Wachstumschancen auszeichnen.

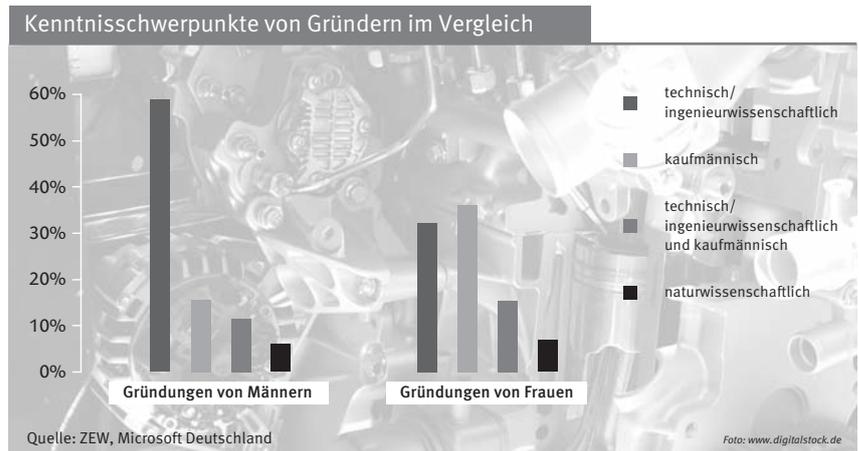
Während rund 51 Prozent der von Männern gegründeten High-Tech-Unternehmen FuE betreiben, liegt dieser Anteil bei den Frauengründungen lediglich bei rund 29 Prozent. Innovationen und Marktneuheiten stehen jedoch in Zusammenhang mit FuE-Aktivitäten. Dementsprechend bringen nur 15 Prozent der Frauengründungen Marktneuheiten hervor. Bei den von Männern gegründeten High-Tech-Firmen liegt dieser Anteil immerhin bei gut 28 Prozent.

## Geringe Anzahl von Frauen mit technischer Ausbildung

Der geringe Innovationserfolg von Frauen sowie deren Konzentration auf den mäßig attraktiven Dienstleistungsbereich ist vor allem auf Unterschiede in der fachlichen Ausbildung von männlichen und weiblichen Gründern zurückzuführen. Während in 59 Prozent der von Männern gegründeten Unternehmen

im High-Tech-Sektor das Gründungsteam vorwiegend technisch-ingenieurwissenschaftliche Kenntnisse besitzt, ist dies nur bei 32 Prozent der von Frauen gegründeten Unternehmen der Fall (siehe Abbildung). Eine technische oder ingenieurwissenschaftliche Ausbildung ist aber eine wichtige Voraussetzung,

lichen Konkurrenz. Die schwächere Ertragslage der von Frauen gegründeten Unternehmen zeigt sich auch daran, dass nur 62 Prozent der Frauen-, aber 74 Prozent der Männergründungen auf den Cash Flow als Finanzierungsquelle zurückgreifen. Kaum Unterschiede gibt es dagegen bei der Nutzung externer Finanzierung. Eine Benachteiligung von Frauen bei der Kreditvergabe liegt demnach nicht vor. Externe Finanzierung ist für Frauen folglich aufgrund der relativ schwachen Ertragslage ihrer Unternehmen erschwert, nicht aber wegen einer



um erfolgreich FuE zu betreiben und um im FuE-intensiven industriellen High-Tech-Sektor Fuß fassen zu können. Frauen bringen dagegen vor allem kaufmännische Kompetenzen in die Gründung ein. Diese sind bei den Männern weniger verbreitet.

## Frauen sind Einzelkämpferinnen

Frauen gründen mit 64 Prozent häufiger als Männer (51 Prozent) alleine anstatt im Team. Dies gilt gerade im High-Tech-Sektor als Nachteil. Denn hier sind sowohl kaufmännische als auch technische und ingenieurwissenschaftliche Fähigkeiten wichtig. Beide Bereiche kann eine einzelne Person selten alleine abdecken. Es fällt ferner auf, dass der Umsatz von Frauengründungen kleiner ist und in den ersten Geschäftsjahren langsamer wächst als der der männ-

geschlechtsspezifischen Diskriminierung am Kapitalmarkt.

Die Studie zeigt, dass Gründungen von Frauen im High-Tech-Sektor nicht nur in Bezug auf die Häufigkeit der Unternehmensgründungen, sondern auch gemessen an der Umsatzentwicklung und der Innovationsleistung hinter den Gründungen von Männern zurückbleiben. Um dies zu ändern, gilt es, das Interesse von Frauen an einer technischen und ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung zu erhöhen. Kenntnisse aus diesen Bereichen sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Gründung in den besonders innovativen und wachstumsträchtigen Wirtschaftszweigen des High-Tech-Sektors. Die vollständige Studie im Internet: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/hightechgruendungen08.pdf>

Dr. Michaela Niefert, [niefert@zew.de](mailto:niefert@zew.de)

Nachgefragt: Die Internationale Finanzkrise

# Durch mehr Transparenz die Finanzmärkte krisensicherer machen

*Seit Mitte vergangenen Jahres ist das globale Finanzsystem in Aufruhr. Faule amerikanische Immobilienkredite waren der Auslöser. Enorme Verluste und Pleiten renommierter Finanzinstitute sind die Folge. Dr. Michael Schröder, Forschungsleiter des ZEW, analysiert, wie es soweit kommen konnte und spricht über Strategien, um das Risiko von Krisen in Zukunft zu vermindern.*

**Die US-Regierung plant jetzt den amerikanischen Finanzmarkt mit der gigantischen Summe von 700 Milliarden US-Dollar zu sanieren. Wird sich die dadurch erhoffte Stabilisierung der Finanzmärkte einstellen?**

**Schröder:** Die staatliche Übernahme eines Teils der Verluste der Banken in den Vereinigten Staaten ist dazu bestimmt, die große Unsicherheit aus dem Markt zu nehmen und weitere Panik zu vermeiden. Es ist allerdings noch nicht klar, ob diese umfangreichen staatlichen Rettungsmaßnahmen den Finanzmarkt auf Dauer stabilisieren können. Langfristig ist auf jeden Fall eine umfassende Reform der Bankenregulierung erforderlich, da sich die vorhandenen Regelungen als nicht ausreichend erwiesen haben.

**Welche Schwachstellen in der Architektur der internationalen Finanzmärkte haben zu der globalen Finanzkrise geführt?**

**Schröder:** In erster Linie sind die weltweiten Auswirkungen der Krise auf spezielle Kreditderivate zurückzuführen. Mit diesen werden Forderungen aus Immobilienkrediten sowie anderen Krediten verbrieft und handelbar gemacht. So entstehen hochkomplexe neue Produkte. Deren Risikostruktur ist schwer zu bewerten. Eine ganze Reihe von Banken haben die in ihren Portfolios enthaltenen Risiken durch schlechte Immobilienkredite daher falsch eingeschätzt. Eine große Rolle hat auch die am kurzfristigen Erfolg orientierte Entlohnung vieler Bankmanager gespielt.

Die Investition in verbrieftete Kreditforderungen hat zunächst die Rendite der Banken deutlich gesteigert und zu höheren Erfolgsprämien für die Manager geführt. Langfristig haben sich dadurch immer größere Risiken aufgetürmt.

**Was muss geschehen, um solch eine Krise künftig zu verhindern?**

**Schröder:** Völlig verhindern lassen sich Krisen nicht. Durch sinnvolle Reformen und eine andere Gestaltung der Anreizstrukturen in den Banken könnte das Krisenpotenzial aber verringert werden. Notwendig wären etwa Veränderungen bei der Produktgestaltung. So sollte zum Beispiel der Verkäufer einer verbrieften Kreditforderung noch einen Teil ihres Risikos mittragen. Dies wäre für ihn ein Anreiz, die Kreditvergabe sorgfältig zu prüfen und das Kreditportfolio genau zu überwachen. Eine entsprechende Maßnahme, ein Risiko in Höhe von mindestens fünf Prozent bei der verkaufenden Bank zu belassen, wird von der EU-Kommission derzeit vorbereitet. Des Weiteren sollten die in

verbrieften Forderungen enthaltenen Risiken transparenter gemacht werden. Die Banken könnten so untereinander besser ihr Verlustpotenzial einschätzen. Dies gilt vor allem in Bezug auf so genannte Zweckgesellschaften. Sie haben bei der jetzigen Krise eine unheilvolle Rolle gespielt, weil sie den Banken dazu dienten, Risiken aus der Bilanz zu nehmen. Die schon erwähnte Orientierung der Managerentlohnung am kurzfristigen Gewinn sollte ebenfalls korrigiert werden. Eine erfolgsabhängige Entlohnung, die sich stärker am langfristigen Gewinn orientiert, wäre dringend notwendig.

**Jahrelang wurde gefordert, der Staat solle sich aus den Finanzmärkten heraus halten. Jetzt rufen in Schieflage geratene Banken nach staatlicher Hilfe. Wie sollte der Staat reagieren?**

**Schröder:** In der Tat wurden die US-Hypothekenbanken Freddie Mac und Fannie Mae oder beispielsweise Northern Rock in Großbritannien und die IKB in Deutschland durch staatliche Unterstützung vor Schlimmerem bewahrt. Die staatliche Hilfe wird damit begründet, dass auf diese Weise größerer Schaden für die gesamte Wirtschaft verhindert worden sei. Dahinter steht die Befürchtung, dass der Ausfall einer großen Bank durch die starken



**Dr. Michael Schröder**, Jahrgang 1961, promovierte nach dem Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre 1990 an der Universität Mannheim. Nach seiner Tätigkeit als Senior Economist für eine internationale Investmentbank in Frankfurt am Main kam Schröder 1995 als Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ ans ZEW. Der Forschungsbereich hat derzeit 14 Mitarbeiter. Schröders Forschungsschwerpunkte sind insbesondere die empirische Kapitalmarktanalyse, die Erwartungsbildung auf Finanzmärkten, nachhaltige Kapitalanlagen sowie das Vermögensmanagement beispielsweise von Stiftungen.

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Verflechtungen der Kreditinstitute untereinander und den Vertrauensverlust der Kunden weitere Bankkonkurse zur Folge haben könnte. Dies würde nicht nur dem Bankensystem schaden, sondern könnte zu einer Wachstums- und Krisenphase der gesamten Wirtschaft führen. Ein solches Szenario wäre beim Zusammenbruch der beiden großen US-Hypothekenbanken zu befürchten gewesen. Ob im Falle von Northern Rock oder der IKB ein solcher Schaden gedroht hätte, ist zu bezweifeln. Bislang besteht aber insbesondere in Deutschland eine starke Tendenz, selbst dann Verluste bei Banken auszugleichen, wenn das dahinter stehende systemische Risiko eher gering ist. Das sollte

nicht sein, denn eine riskante Geschäftspolitik wird so quasi staatlich abgesichert und die Vorteile umsichtigerer Institute zunichte gemacht. Marktconform wäre dagegen die Einführung einer Art Versicherung, die eine angemessene Prämie auf eingegangene Risiken von den Banken fordert und in kritischen Situationen frisches Kapital zur Verfügung stellt.

**Welche Folgen haben die Finanzmarktkrise und das durch die Rettungsaktion drastisch steigende Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten für Deutschland und Europa?**

**Schröder:** Europa und Deutschland haben im Bankensektor bislang deutlich geringere Verluste zu verkraften als

die Vereinigten Staaten. Allerdings werden die Kosten der Rettungsaktion der US-Regierung auch hierzulande negative Spuren hinterlassen. Wenn sie tatsächlich 700 Milliarden US-Dollar betragen sollte, würde dies zu einem Anstieg der US-Staatsverschuldung um 7,5 Prozent führen. Das sind rund fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Vereinigten Staaten. Denkbar ist aber auch eine Wertaufholung der faulen Kredite, so dass die Kosten am Ende etwas geringer ausfallen könnten. Als Folge der Finanzkrise wird sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den Vereinigten Staaten und in Europa in den Jahren 2008 und 2009 deutlich vermindern.

*Gunter Grittmann, grittmann@zew.de*

## Strategien gegen den Fachkräftemangel

*Viele Unternehmen in Deutschland klagen über einen Mangel an Fachkräften. Gemeint ist damit hauptsächlich ein Fehlen von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Facharbeitern. Dies ist besonders für Deutschland problematisch. Zum einen ist das Land, im Gegensatz etwa zum Vereinigten Königreich, noch immer stark industriell geprägt und benötigt daher Jahr für Jahr einen deutlich höheren Nachschub an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern als Staaten mit einem erheblich geschrumpften produzierenden Sektor. Zum anderen signalisiert der Fachkräftemangel einen Trend zu immer höherer Qualifikation in den Unternehmen. Wer also nicht gut ausgebildet ist, für den sieht es düster aus am Arbeitsmarkt. Letztendlich gefährdet der Fachkräftemangel die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.*

Die Ursachen des Fachkräftemangels in Deutschland sind bekannt. Zum einen entscheiden sich zu wenige junge Menschen für ein Studium, wie im jüngst veröffentlichten Bildungsbericht der OECD nachzulesen ist. Unbeliebt sind insbesondere naturwissenschaftliche oder ingenieurwissenschaftliche Fächer. Zum anderen verlassen zu viele Jugendliche das Bildungssystem ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss. Zusätzlich belastend wirkt sich der demographische Wandel aus. Geringe Geburtenraten führen dazu, dass immer weniger und damit immer weniger gut und sehr gut ausgebildete Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Trotz richtiger Diagnose des Fachkräftemangels fehlt es noch immer an einer erfolgversprechenden Therapie. Wichtig ist vor allem, die Wirkungsfrist der einzelnen Maßnahmen zu beachten. So kann ein aktuell vorhandener Fachkräftemangel schlecht mit Maßnahmen beseitigt werden, die Jahre brauchen, bis ihre Wirkung sichtbar wird.

### Qualifizierte Zuwanderung stärken

Zur zügigen Beseitigung eines akuten Fachkräftemangels führt kein Weg an einer gezielten Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte vorbei. Sie muss möglichst passgenau auf die Segmente des Arbeitsmarkts ausgerichtet sein, in

denen ein Arbeitskräftemangel vorliegt. Auf diese Weise entstünde keine nachteilige Konkurrenzsituation für die heimischen Beschäftigten.

Trotz der günstigen konjunkturellen Entwicklung und eines wachsenden Fachkräftebedarfs ist die Zuwanderung aus dem Ausland nach Deutschland in den vergangenen Jahren allerdings zurückgegangen. Die Entwicklung verläuft damit klar gegen den internationalen Trend. Der Blick in Nachbarländer, die Zuwanderung für ihre wirtschaftliche Prosperität nutzen, macht deutlich, worauf dies zurückzuführen ist.

Zuallererst fehlt Deutschland ein transparentes Zuwanderungsrecht, das die systematische Steuerung ausländischer Fachkräfte ermöglichen würde. Ein solches Recht wurde durch das 2004 eingeführte deutsche Zuwanderungsgesetz nicht geschaffen. Wäre qualifizierte Zuwanderung gewollt, ließe sich der institutionelle Rahmen hierfür durch die Kopie erfolgreicher Modelle der europäischen Nachbarländer leicht finden. Bereits ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

die gut ausgebildeten Menschen aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Weitere Möglichkeiten, das Arbeitsangebot relativ kurzfristig zu erhöhen, lägen im Bereich der Steuer- und Abgabepolitik. Steuern und Abgaben treiben im internationalen Vergleich bereits bei durchschnittlichen Einkommen einen großen Keil zwischen Brutto- und Nettoeinkommen. Bei höheren Einkommen stärken zwar die Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungen die Arbeitsanreize. Dieser Effekt wird aber durch die im internationalen Vergleich hohe deutsche Steuerprogression so gut wie wett gemacht. Notwendig wäre somit, die hohe Belastung der Löhne mit Steuern und Abgaben zu vermindern. Dies würde die Verdienstmöglichkeiten für Qualifizierte aus dem Ausland erhöhen und als Anreiz zur Zuwanderung wirken. Für deutsche Fachkräfte würde es sich dann ebenfalls mehr lohnen, längere Arbeitszeiten oder Überstunden in Kauf zu nehmen. Auch dies wäre ein kurzfristig wirksames Instrument gegen den Fachkräftemangel. Ferner würden die Bildungsrenditen in qualifizierten Berufen steigen. Junge Menschen hätten dadurch einen stärkeren Anreiz, ein Hochschulstudium aufzunehmen.

### Frauen und Ältere stärker in den Arbeitsmarkt integrieren

Eher mittelfristig wirken Strategien dem Fachkräftemangel entgegen, die auf eine stärkere Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben setzen.

Die Frauenerwerbstätigkeit liegt in Deutschland leicht über dem europäischen Durchschnitt, insbesondere bei hochqualifizierten Frauen. Dennoch ist hierzulande die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern mit kleinen Kindern sehr gering. Mütter, die Kinder betreuen, arbeiten häufig nur Teilzeit. Da Frauen zunehmend sehr gut ausgebildet sind, liegt hierdurch Humankapital brach, der Fachkräftemangel spitzt sich zu. Eine Familienpolitik, die zum Ziel hat, Frauen und ihre Qualifikationen stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren,

muss primär Betreuungsangebote schaffen, in denen Kinder den ganzen Tag über gut aufgehoben sind. Dies gilt verstärkt für die Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren.



Deutschen Unternehmen gehen Ingenieure und Facharbeiter aus.

Auch das Potenzial älterer Menschen kann genutzt werden, um mittelfristig dem Fachkräftemangel zu begegnen. Deutschland zeichnet sich durch eine im Vergleich mit anderen OECD-Ländern wie zum Beispiel den Niederlanden deutlich höhere Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen aus. Dabei existieren bereits zahlreiche Maßnahmen, die die Wiedereinstiegschancen Älterer in den Arbeitsmarkt verbessern sollen. Die Wirksamkeit von Eingliederungszuschüssen, oder spezieller Weiterbildung für ältere Arbeitslose ist jedoch umstritten. Länder wie die Niederlande oder Finnland konnten durch Reformen stärkere Zuwächse bei den Erwerbsquoten Älterer erzielen als Deutschland. Die Strategien dieser Länder zielen vor allem auf die Deregulierung des Arbeitsmarkts für Ältere ab, indem sie Sonderregelungen für Ältere beim Kündigungsschutz oder bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes beseitigen. Es werden keine Anreize zur Frühverrentung gesetzt. Es existiert dort keine Förderung der Altersteilzeit.

Bildungspolitische Weichenstellungen bekämpfen den Fachkräftemangel langfristig. Gerade deshalb muss hier zügig gehandelt werden. Die ertrag-

reichste Strategie ist es, vor allem den Teilen der Bevölkerung, die schlechte Bildungsvoraussetzungen haben, Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Dazu müssen bessere Chancen für Kinder

aus bildungsfernen Familien geschaffen werden. Wie die Erfahrungen anderer Länder zeigen, kann frühkindliche Betreuung hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

### In Bildung investieren

Mittelfristig bleiben der Bildungspolitik für die Verbesserung der Fachkräfterversorgung in Deutschland nur wenige Eingriffsmöglichkeiten. Erfolgversprechend scheint vor allem, weibliche Studienanfängerinnen für die Naturwissenschaften und für ingenieurwissenschaftliche Fächer zu begeistern.

Eine letzte, kurzfristig und kostengünstig umsetzbare Aufgabe zur Beseitigung des Fachkräftemangels liegt im Bereich der Information. Die Karrierechancen, die der Fachkräftemangel in manchen Berufszweigen eröffnet, müssen Jugendlichen und jungen Erwachsenen vermittelt werden. Solche Signale steuern Ausbildungsentscheidungen. Ferner tragen sie dazu bei, die Kräfte des Arbeits- und Bildungsmarkts, die von selbst gegen einen Fachkräftemangel wirken, freizusetzen. Staatliche Eingriffe werden so weniger notwendig.

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de

## TERMINE

**ZEW-Präsident Wolfgang Franz stellt Jahresgutachten vor**

Am 12. November 2008 wird Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahresgutachten 2008/09 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung präsentieren. Die Veranstaltung findet in Berlin, in den Räumlichkeiten der KfW Bankengruppe statt. Die Veranstaltung bildet den Auftakt zu insgesamt vier Vorträgen. Am 17. November wird Franz in Brüssel sprechen, am 20. November wird er das Jahresgutachten in Stuttgart präsentieren und am 3. Dezember wird er es in Karlsruhe vorstellen.

Weitere Informationen unter: [www.zew.de/vortragsreihe/jahresgutachten2008](http://www.zew.de/vortragsreihe/jahresgutachten2008)

**Konferenz zu Entwicklungen an den globalen Immobilienmärkten**

Vom 20. bis 21. Oktober 2008 veranstalten ZEW und Deutsche Bundesbank eine gemeinsame Forschungskonferenz mit dem Titel „What Drives Asset and Housing Markets?“. Diskutiert werden verschiedene Fragestellungen zu den Zusammenhängen zwischen Immobilienmärkten, Geldpolitik und Realwirtschaft. Die Veranstaltung findet auf Einladung statt.

Näherer Informationen unter: <http://www.zew.de/veranstaltung919>

## ZEW INTERN

**Neues ZEW-Seminarprogramm erschienen**

Der neue ZEW-Seminarkatalog ist erschienen. Von September 2008 bis Juni 2009 bietet das ZEW Expertenseminare zu folgenden Themenbereichen an.

- Methodenkompetenz
- Ökonometrie
- Unternehmensführung und Organisation
- Finanzmarktanalyse und Finanzmanagement
- Steuern, Rechnungswesen und öffentliche Finanzwirtschaft
- ZEW-Expertenseminare im Ausland
- Symposien und Konferenzen

Die ZEW-Seminare zeichnen sich dadurch aus, dass sie gemeinsam von Wissenschaftlern und erfahrenen Praktikern konzipiert und vermittelt werden. So geben die Seminarinhalte den neuesten Stand der Forschung wieder und sind gleichzeitig mit praxisrelevanten Beispielen angereichert.

Das Seminarprogramm im Internet:

<ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/seminare/seminare.pdf>

Anmeldung im Internet: [www.zew.de/weiterbildung](http://www.zew.de/weiterbildung)

Information: Katrin Stratmann, [stratmann@zew.de](mailto:stratmann@zew.de)

## EXPERTENSEMINARE

17.-18.11.2008	Ökonometrie – Eine praxisorientierte Einführung, Berlin
24.-26.11.2008	Betriebswirtschaftliches Handeln – Unternehmenssimulation zu betriebswirtschaftlichen Grundlagen
24.11.2008	Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren, Berlin

ZEW-Expertenseminare im Internet: [www.zew.de/weiterbildung](http://www.zew.de/weiterbildung)

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 08-065, Atilim Seymen: A Critical Note on the Forecast Error Variance Decomposition.

Nr. 08-064, Christoph Grimpe, Roberto Patuelli: Knowledge Production in Nanomaterials: An Application of Spatial Filtering to Regional Systems of Innovation.

Nr. 08-063, Ivo Bischoff, Friedrich Heinemann, Tanja Hennighausen: Individual Determinants of Social Fairness Assessments – The Case of Germany.

Nr. 08-062, Stephan L. Thomsen: Explaining the Employability Gap of Short-term and Long-term Unemployed Persons.

Nr. 08-061, Victoria Alexeeva-Talebi, Andreas Löschel, Tim Mennel: Climate Policy and the Problem of Competitiveness: Border Tax Adjustments or Integrated Emission Trading?

Nr. 08-060, Christian Dick, Qingwei Wang: The Economic Impact of Olympic Games: Evidence from Stock Markets.

Nr. 08-059, Ulrich Oberndorfer: EU Emission Allowances and the Stock Market: Evidence from the Electricity Industry.

Nr. 08-058, Klaus Rennings, Wilko Smidt: A Lead Market Approach Towards the Emergence and Diffusion of Coal-fired Power Plant Technology.

Nr. 08-057, Martin Biewen, Susanne Steffes: Unemployment Persistence: Is There Evidence for Stigma Effects?

Nr. 08-056, Horst Entorf: Wirkung und Effizienz von Strafrecht: „Was geht?“ – bei jungen Gewalttätern?

Nr. 08-055, Peter Jacobebbinghaus, Jens Mohrenweiser, Thomas Zwick: Wie kann die durchschnittliche Ausbildungsquote in Deutschland korrekt gemessen werden?

Nr. 08-054, Giulia Colombo: Linking CGE and Microsimulation Models: A Comparison of Different Approaches.

Nr. 08-053, Friedrich Heinemann, Benjamin Tanz: The Impact of Trust on Reforms.

Nr. 08-052, Birgit Aschhoff, Wolfgang Sofka: Innovation on Demand – Can Public Procurement Drive Market Success of Innovations.

Nr. 08-051, Alexander Kalb: The Impact of Intergovernmental Grants on Cost Efficiency: Theory and Evidence from German Municipalities.

## ZEW INTERN

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW auf zahlreichen wissenschaftlichen Konferenzen vertreten**

Dem Austausch von Forschungsergebnissen mit Forschenden aus aller Welt wird am ZEW große Bedeutung beigemessen. Besonders deutlich wird dies durch die rege Teilnahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW an nationalen und internationalen Konferenzen. Allein von Mitte August bis Ende September dieses Jahres trugen die

folgenden ZEW- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei zehn internationalen Konferenzen vor. Insbesondere bei der Tagung des Vereins für Socialpolitik, die Ende September in Graz, Österreich, stattfand, war das ZEW stark vertreten. Insgesamt referierten hier 23 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des ZEW.

Um die verschiedenen Interessengebiete der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aufzuzeigen, sind die Themen der jeweiligen Vorträge angegeben. Eine Kontaktaufnahme mit den Forschenden ist höchst willkommen. Sie finden die einzelnen Mitarbeiter im Internet unter [www.zew.de/de/mitarbeiter/mitarbeiter.php3](http://www.zew.de/de/mitarbeiter/mitarbeiter.php3)

**IIPF (International Institute of Public Finance), 22.8.-25.8.2008**

Sarah Borgloh: How price elastic is giving in an extensive welfare state? The case of Germany.

Christof Ernst: The Impact of R&D Tax Incentives on R&D Costs and Income Tax Burden.

Jost Heckemeyer: FDI and Taxation: A Meta-Study.

Alexander Kalb: The Impact of Intergovernmental Grants on Cost Efficiency: Theory and Evidence from German Municipalities.

Philip Mohl: Does EU Cohesion Policy Promote Growth? Evidence from Regional Data and Alternative Econometric Approaches.

Steffen Osterloh: Who's Afraid of an EU Tax and why? – Revenue System Preferences in the European Parliament.

Michael Overesch: The Effects of Multinationals' Profit Shifting Activities on Real Investments.

**EEA (European Economic Association)/ ESEM (Econometric Society European Meeting), 27.8.-31.8.2008**

Nils Anger: The Political Economy of Environmental Tax Differentiation: Theory and Empirical Evidence.

Holger Bonin: Cyclically Neutral Generational Accounting.

Astrid Dannenberg: Inequity Aversion and Individual Behavior in Public Good Games: An Experimental Investigation.

Philipp Eisenhauer: Assessing Intergenerational Earnings Persistence Among German Workers.

Nicole Gürtzgen: Job and Worker Reallocation in German Establishments: The Role of Employers' Wage Policies and Labour Market Institutions.

Nina Leheyda: Geographical and Multiproduct Linkages of Markets: Impact on Firm Equilibrium interactions (some Evidence from the European Car Market).

Jörg Ohnemus: Does IT Outsourcing Increase Firm Success? An Empirical Assessment Using Firm-Level Data.

Friedhelm Pfeiffer: Initial Risk Matrix, Investment, Ability Development and Social Achievement: Evidence from MARS.

Andreas Schrimpf: Expected Inflation, Expected Stock Returns, and Money Illusion: What can we Learn from Survey Expectations?

Thomas Zwick: Employment Effects of Seniority Wages.

**ERSA (Joint Congress of the European Regional Science Association), 27.8.-31.8.2008**

Melanie Arntz: What Attracts Human Capital? Understanding the Skill Composition of Interregional Job Matches in Germany.

**EARIE (European Association for Research in Industrial Economics), 4.9.-6.9.2008**

Birgit Aschhoff: Successful Patterns of Scientific Knowledge Sourcing – Mix and Match.

Irene Bertsek: Do Older Workers Lower IT-Enabled Productivity? Firm-level Evidence from Germany.

Daniel Cerquera Dussan: ICT Con-

sulting and Innovative Capabilities.

Christoph Grimpe: Market and Technology Access in European Firm Acquisitions: Beyond a "one size fits all"; Search Patterns in Transition Economies: A Comparison of Thirteen European Countries; Rent Appropriation and Competitor Blocking: The Two Faces of Technology Acquisition.

Kai Hüscherlath: Is it Worth all the Trouble? – The Costs and Benefits of Antitrust Enforcement.

Gordon Klein: Endogenous Firm Heterogeneity, Competitive Advantage and ICT.

Nina Leheyda: Geographical and Multiproduct Linkages of Markets: Impact on Firm Equilibrium Interactions.

Kathrin Müller: University Spin-Off's Transfer Speed – Analysing the Time from Leaving University to Venture.

Marianne Saam: Heterogeneous Wage Effects of Computer Use – A Bayesian Model Averaging Analysis.

Katrin Schleife: IT Training and Employability of Older Workers.

Wolfgang Sofka: Formal and Strategic Appropriability Mechanisms of Multinational Firms – A Cross Country Comparison.

Hannes Ullrich: Crossing the Alps: The Economic Value of Road Tunnels.

Tobias Veith: Solving Metcalfe's Paradox – Competition in Growing Communication Network Markets.

Nikolas Wölfling: Coordinating Supply Schedules by Asymmetric Cost Transmission, Carbon Prices and the German Electricity Spot Market.



Das ZEW präsentierte sich mit einem Informationsstand auf der EEA/ESEM in Mailand, Italien.

### **EUNIP (European Network of Industrial Policy), 10.9.-12.9.2008**

Kai Hüscherlath: On the Detection of Hard Core Cartels.

### **AIEL (National Conference of Labour Economics), 11.9.-12.9.2008**

Giulia Colombo: Basic Income Reform in Germany: A Microsimulation-AGE Analysis.

Johannes Gernandt: Noncognitive Skills, Internet Use and Educational Dropout.

### **Statistische Woche, 16.09.-20.09.2008**

Melanie Arntz: Reforming Consumer Directed Care in Germany: A Woodwork effect?

Johannes Gernandt: Language Usage, Participation, Employment and Earnings Evidence for Foreigners in West Germany with Multiple Sources of Selection.

### **European Regional ITS Conference, 18.9.-20.9.2008**

Tobias Veith: On the Indirect Effect of Regulation on Incumbents' Stock Prices.

### **EALE (European Association of Labour Economists), 18.9.-20.9.2008**

Aldashev Alisher: Estimating the Nonlinear Matching Function with German Regional Panel Data: Measurement of the Effect of Spatial Interaction on Regional Matching.

Katja Coneus: The Intergenerational Transmission of Health in Early Childhood.

Kathrin Göggel: The Transferability of Skills after Apprenticeship Training.

Anja Heinze: Earnings of Men and Women in Firms with a Female Dominated Workforce: What Drives the Impact of Sex Segregation on Wages?

Jenny Meyer: Do Older Workers Lower IT-Enabled Productivity? Firm-Level Evidence from Germany.

Karsten Reuß: Preventative and Remedial Policies to Reduce Lifetime Earnings Inequality in Germany.

Katrin Schleife: IT Training and Employability of Older Workers.

Maresa Sprietsma: Computers as Pedagogical Tools in Brazil: a Pseudo-Panel Analysis.

Thomas Zwick: The Employment Consequences of Seniority Wages.

### **Verein für Socialpolitik, 23.9.-26.9.2008**

Niels Anger: Public Interest versus Interest Groups: Allowance Allocation in the EU Emissions Trading Scheme.

Melanie Arntz: Reforming Consumer Directed Care in Germany: Opening the Door for Windfall Gains.

Katja Coneus: The Intergenerational Transmission of Health in Early Childhood.

Christian Göbel: The Role of Temporary Employment for the Integration of School-Leavers into Permanent Employment.

Nicole Gürtzgen: Job and Worker Reallocation in German Establishments:

The Role of Employers' Wage Policies and Labour Market Institutions.

Diana Heger: Innovation in High-Tech Entrepreneurship: Does it Depend on the Provision of Smart Money?

Friedrich Heinemann: The Globalisation of Tax Policy: What German Politicians Believe.

Anja Heinze: Earnings of Men and Women in Firms with a Female Dominated Workforce: What Drives the Impact of Sex Segregation on Wages?

Julia Horstschräer: An Unconditional Basic Income for Germany – Labour Supply and Distributional Effects.

Kai Hüscherlath: On the Detection of Anticompetitive Horizontal Mergers.

Alexander Kalb: The Impact of Inter-governmental Grants on Cost Efficiency: Theory and Evidence from German Municipalities.

Marcus Kappler: The Accuracy and Efficiency of the Consensus Forecasts: A Further Application and Extension of the Polled Approach.

Georg Metzger: On the Role of Entrepreneurial Experience for Start-up Financing.

Jenny Meyer: Do Older Workers Lower IT-Enabled Productivity? Firm-Level Evidence from Germany.

Philip Mohl: Does EU Cohesion Policy Promote Growth? Evidence From Regional Data and Alternative Econometric Approaches.

Grit Mühlner: How to Train an Ageing Workforce? Evidence from Company Data.

Elisabeth Müller: To Be Financed or Not – The Role of Patents for Venture Capital Financing.

Jörg Ohnemus: Does IT Outsourcing Increase Firm Success? An Empirical Assessment Using Firm-Level Data.

Steffen Osterloh: The Dynamics of Corporate Tax Setting in Europe.

Michael Overesch: The Dynamics of Corporate Tax Setting in Europe.

Sandra Schmidt: Monetary Policy Implementation and the Federal Funds Rate.

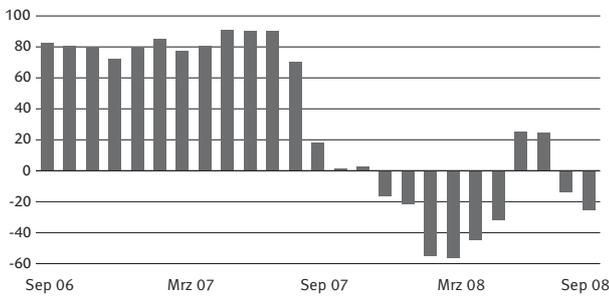
Andreas Schrimpf: International Stock Return Predictability under Model Uncertainty.

Atilim Seymen: A Critical Note on the Forecast Error Variance Decomposition.

Maresa Sprietsma: Computers as Pedagogical Tools in Brazil: a Pseudo-Panel Analysis.

**DATEN UND FAKTEN**

### ZEW-Finanzmarkttest im September 2008

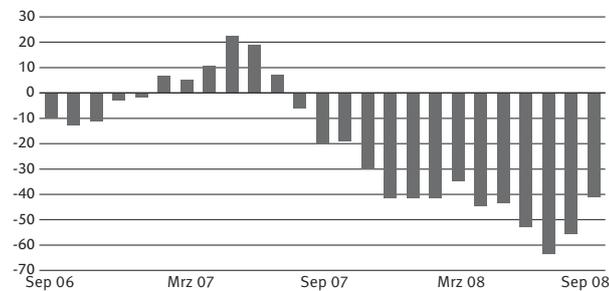


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### EZB: Geringere Inflationsrisiken

Die Inflationsrisiken für die Eurozone haben durch den Rückgang des Ölpreises weiter abgenommen. Seit Juli 2008 ist der Ölpreis um etwa 30 Prozent gesunken. Dementsprechend sank die Teuerung für die Eurozone von 4,0 Prozent im Juli auf 3,8 Prozent im August. Allerdings signalisiert dieses hohe Niveau immer noch keine Entwarnung. Knapp 60 Prozent der befragten Experten erwarten, dass die EZB die Zinsen konstant lassen wird. Rund ein Drittel rechnet angesichts der geringeren Inflationsrisiken mit einer Lockerung der Geldpolitik.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



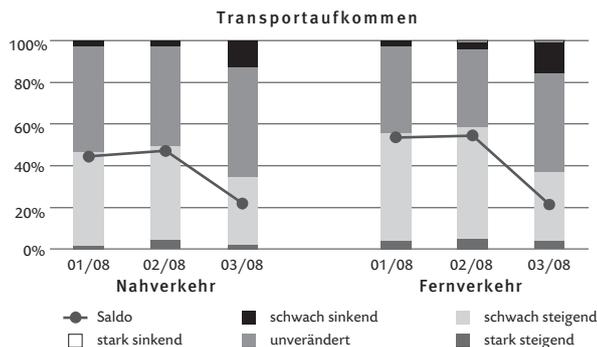
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### Euroraum: Verbesserte Konjunkturerwartungen

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im September zum zweiten Mal in Folge verbessert. Sie liegen nun bei -40,9 Punkten. Dies liegt am Rückgang des Ölpreises, der vor allen die Konsumenten entlasten dürfte. Ferner begünstigt der Euro, der in den vergangenen Wochen gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren hat, das Geschäft der europäischen Exporteure. Die Konjunkturerwartungen befinden in Folge des unsicheren wirtschaftlichen Umfeldes allerdings immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

### Düstere Aussichten für den Straßengüterverkehr

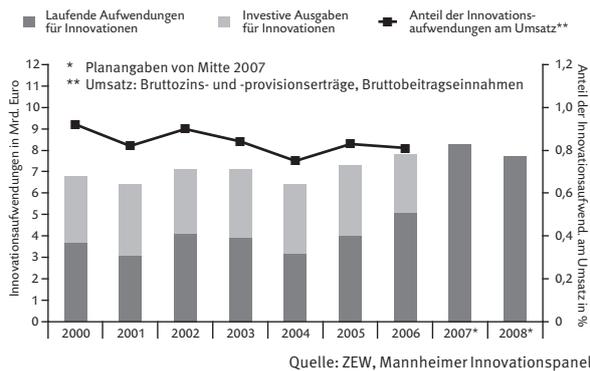


Quelle: ZEW

Die Aussichten für den deutschen Straßengüterverkehr verschlechtern sich. Nur noch ein Drittel der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW rechnet hier im kommenden halben Jahr mit einem Mengenwachstum. Rund die Hälfte erwartet eine Stagnation und rund 15 Prozent gehen von einer sinkenden Nachfrage aus. Neben dieser gleichsweise schlechten Perspektive bereiten der anhaltende Kostendruck durch hohe Dieselpreise und die anstehende Lkw-Maut-Erhöhung dem Lkw- und Verladegewerbe große Sorge. 80 Prozent der Experten rechnen daher mit weiterhin steigenden Preisen.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

### Finanzdienstleister: Höhere Aufwendungen für neue Produkte und Prozesse



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Das deutsche Kredit- und Versicherungsgewerbe weitet seine Innovationsaufwendungen deutlich aus. Für 2007 sollen die Mittel zur Einführung neuer Produkte und Verfahren mit 8,3 Milliarden Euro einen neuen Spitzenwert erreichen. Im Jahr 2006 betrug sie noch 7,8 Milliarden Euro. Damals wurden vor allem die laufenden Aufwendungen erhöht, die Investitionen in Anlagen und Software gingen aber zurück. Für 2008 ist ein Rückgang der Innovationsmittel auf 7,7 Milliarden Euro geplant. Gemessen an den gesamten Bruttoerträgen der Finanzdienstleister wurden 2006 0,81 Prozent für Innovationen bereitgestellt.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Energiesparen

Es vergeht praktisch keine Woche, in der angesichts gestiegener Energiepreise nicht ein neuer Vorschlag zur Entlastung der Betroffenen vorgelegt wird. Mal sind es Subventionen beim Kauf energiesparender Kühlschränke. Mal ist es eine zusätzliche Pauschale für Empfänger von Wohngeld, welches ohnehin demnächst drastisch angehoben wird. Mal sind es günstige Kredite für umweltfreundliche Autos, weil Geringverdiener oft die ältesten Autos fahren würden. Mal sollen weitere Gebäudesanierungsmaßnahmen staatlicherseits gefördert werden. Und so wird es weiter gehen. Der Phantasie sind nur weite Grenzen gesetzt. Allein die Liste anderer subventionsfähiger Elektrogeräte ist lang, bis hin zu elektrischen Zahnbürsten, deren Kauf außerdem das Herz der Gesundheitspolitiker höher schlagen lässt.

Wenn es um den Haushaltssektor geht, lohnt ein Blick auf die Potenziale, die im Energiesparen vermutet werden. Die Zahlen dürften für Ernüchterung sorgen. Rund drei Viertel des Energieverbrauchs des Haushaltssektors entfielen im Jahr 2006 auf die Raumwärmenutzung und etwa 12 v.H. auf die Warmwasserbereitstellung. Mechanische Energie wie Kühlen und Gefrieren landet mit etwa acht v.H. weit abgeschlagen, allerdings noch vor Beleuchtung (1,5 v.H.). Nur mal so.

Sollte sich die Energiesubventionspolitik also des Wohnungsmarkts bemächtigen? Gemach, selbst wenn es parteipolitisch noch so verlockend sein mag, weil jeder Wähler irgendwo wohnt. Jedoch bewirken hohe Energiepreise genau das Verhalten, welches allseits gefordert wird: Energiesparen nämlich. Wer im Winter in einer entsprechend beheizten Wohnung barfuss und im T-Shirt herumlaufen möchte, muss dafür kräftig in die Tasche greifen. Wer das nicht kann oder will, wird sich eben warmer Pantoffel und eines Pullovers bedienen und obendrein die Standby-Funktion seines Fernsehers ausschalten. So sorgt schon der Markt für ein gerüttelt Maß an Energiesparen und zwar in allen Bereichen einschließlich des Automobilsektors. Diesen Marktmechanismus durch eine Subventionierung der Energiekosten zu beeinträchtigen,

führt in die Irre, weil er das Gegenteil bewirken kann; nämlich dass die Kostensenkung wieder Anreize zu höherem Energieverbrauch bietet („Rebound Effekt“). Außerdem besteht die Gefahr, dass die Subventionen nicht voll bei den Verbrauchern ankommen, sei es weil die Produzenten eine Direktsubvention an die Käufer von Kühlschränken zu Preiserhöhungen ausnutzen, sei es, dass an Unternehmen gezahlte Subventionen nicht voll im Preis weitergegeben werden. Wie auch immer, wollte der Staat das verhindern, entstünde ein beachtlicher Kontrollaufwand.

Die ökonomische Erkenntnis, dass Preise als Knappheitsindikatoren zu verstehen sind, kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Emissionszertifikate setzen solche Preise und mithin ist der Emissionszertifikatehandel das geeignete Instrument, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimaschutzes. Deshalb bringen isoliert gesehen auch energiesparende Glühlampen nichts. Die damit gewonnene CO<sub>2</sub>-Reduktion, so gering sie ohnehin ist, verpufft, weil das gegebene Emissionsvolumen nur zwischen unterschiedlichen Verwendungsformen umverteilt wird. Allemal ist es besser, an der Höhe des Emissionsvolumens unter Beachtung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit anzusetzen und die Marktteilnehmer über die Verwendung entscheiden zu lassen.

Die Preise für Energie ebenso wie für Nahrungsmittel unterliegen weitgehend den Entwicklungen auf den Weltmärkten. Die nationale Wirtschaftspolitik kann den gebeutelten Verbrauchern wenig helfen. Sie kann auf mehr Transparenz bei den Kosten der Energienutzung hinwirken, beispielsweise mit Hilfe von Energieverbrauchsausweisen, wie sie das auf dem Wohnungsmarkt mit Beginn dieses Jahres bereits in Angriff genommen hat. Wenn sie unteren Einkommensschichten helfen will, dann am ehesten mit vom Energieverbrauch unabhängigen Transfers, aber nicht mit „Sozialtarifen“ beim Stromverbrauch. Der Rebound Effekt lässt sonst grüßen.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim  
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (Kaufmännischer Direktor)

**Redaktion:** Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008